

Welcher Keynes darf's denn sein?

ANMERKUNGEN ZUR JÜNGSTEN DEBATTE UM DEN
"KEYNESIANISMUS" IN DER POLITISCHEN LINKEN

DR. CHRISTIAN CHRISTEN WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLER/PUBLIZIST
WWW.CHEFVOLKSWIRT.NET

Vor wenigen Monaten sind wieder einmal Artikel zum Keynesianismus, über seinen Stellenwert sowie seine Erfolge und Misserfolge in linken Publikationen erschienen.¹ Wie so oft finden sich dort richtige und wichtige Gedanken. Gleichfalls gibt es große Leerstellen und es werden alte Missverständnisse wiederholt. Zumindest belegen diese und andere Beiträge, dass in der politischen Linken die Positionierung zum keynesianischen Ansatz weiterhin notwendig scheint. Darüber hinaus haben die Beiträge eins gemeinsam mit ähnlichen Wortmeldungen im medialen Mainstream: Es wird versucht, den keynesianischen Zungenschlag der offiziellen Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 ideologisch einzuordnen. Der Gehalt des dabei ins Feld geführten Begriffs „Keynesianismus“ steht nicht zur Debatte, ebenso wenige haben die Äußerungen einen engen Bezug zur wissenschaftlichen Kontroverse der letzten Jahrzehnte.

Geändert hat sich also nur die Interpretationsfolie der Darstellung. Viele Thesen sind auch nicht neu, bestenfalls neu arrangiert. In erster Linie spiegeln die Einlassungen wieder, wie die Rhetorik und das Handeln von Regierungen, Zentralbanken und anderer Institutionen (u.a. IWF, Weltbank, EU-Kommission) eingeschätzt und das Krisenmanagement bewertet werden. Zwischen den Zeilen findet man das Verständnis der Interpreten über den Sinn und Zweck einer ökonomischen Theorie und dessen Verhältnis zur praktischen Politik. Genau hier liegt die Schwäche vieler Aussagen über den Keynesianismus, die eine differenzierte Debatte in der kritischen Öffentlichkeit meist verhindert.

Alte Debatten in neuen Gewändern

Über Keynes und den Keynesianismus wird seit der Rezeption seiner *„Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“* von 1936 heftig gestritten. Die Debatte wurde öffentlich geführt und beeinflusste u.a. die Kontroverse um die richtige Wirtschaftspolitik im Nachkriegsaufschwung und erreichte einen Höhepunkt mit dem ökonomischen Einbruch und der Stagnation in den 1970er Jahren. Gesucht wurde ein neues wirtschaftspolitisches Paradigma, was man mit dem Monetarismus und der Hinwendung zum neoklassischen Zugang auch fand.

Jede genaue Rückschau zeigt, wie im Zuge konkreter sozioökonomischer Entwicklungen, Konflikte um die Deutungshoheit in der Sozialwissenschaft, in Parlamenten, Parteien wie Gewerkschaften unterschiedliche Positionen über den Keynesianismus vorgetragen wurden. Bei Bedarf ließen sich diese leicht ideologisch verbrämen und instrumentalisieren. Allein daraus erklärt sich die Meinungsvielfalt darüber, was Keynes wirklich sagte und was den „Keynesianismus“ ausmache.

¹ [Ingo Stützle](#): Kurzer Sommer der Kapitalismuskritik und [Heiner Flassbeck](#): Gefangen in der ideologischen Zwangsjacke; Neues Deutschland 27.04.2013; [Fritz Fiehler](#): Über Keynesianismus, Nachfrage, Sparpolitik und Vernunft; Sozialismus Online Mai 2013; Karl Georg Zinn: Linke Keynesianer Aufgepasst; Sozialismus 3/2013

In vielen Artikel wird diese Interpretationsvielfalt aus Gründen stilistischer Zuspitzung und Unterfütterung der eigenen Sicht als einzig gültig gern unterschlagen. Dies ist aber keine Randnotiz oder nur für Historiker interessant. Vielmehr ist ein Ergebnis dieser Entwicklung, dass – wie auch Marx und der Marxismus als theoretischer Ansatz der sozialen und ökonomischen Analyse – der Name Keynes und Begriff Keynesianismus von Anbeginn politische Signalworte waren. Die jeweilige Positionierung änderte sich über die Jahrzehnte aber auch aus ganz profanen Gründen. Mal war eine veränderte Karriereplanung im universitären oder außeruniversitären Bereich dafür verantwortlich, mal die Signalisierung der Zugehörigkeit oder Abgrenzung gegenüber inner- und außerparteilichen Konkurrenten, Gruppen oder Diskursen. Eine tiefe Kenntnis über Keynes' Ansatz, die sich seit den 1930er Jahren stark differenzierende Debatte oder gar substantielle Kritik waren nie zwingend.

Ungeachtet vieler so entstandener subjektiver Urteile überrascht genau so wenig die latente Skepsis im linken politischen Lager. Der keynesianische Ansatz war oft ein leidlich geduldetes Vehikel, um auf sozioökonomische Probleme zu reagieren und Lösungsvorschläge nett zu verpacken. Keynes gesamtwirtschaftliche Betrachtung und Wertung der effektiven Nachfrage, Einkommen und Löhne sowie die Möglichkeit und Notwendigkeit einer aktiven Sozial-, Wirtschafts- und Fiskalpolitik machte sie über sozialistische, sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften auch für radikalere politische Akteure interessant. Anknüpfen ließ sich an bestimmte bürgerliche Debatten und vor allem an die unmittelbaren Bedürfnisse der Beschäftigten (Arbeiterklasse) nach Partizipation am Wohlstand. Das ist allein aus Gründen der Opportunität in Phasen wichtig, in denen mit Aussicht auf Systemüberwindung „kein Blumentopf“ zu gewinnen ist und sich in der Breite auch nicht für soziale, ökonomische oder ökologische Reformen mobilisieren lässt.

Mit der Zeit hat sich in der politischen Linken eine eher instrumentelle Haltung zum keynesianischen Ansatz durchgesetzt, was problematisch ist. Denn so werden u.a. Rückschläge im Kampf um besser soziale Bedingungen, höhere Löhne oder demokratische Teilhabe leicht der vermeintlich falschen Theorie und den daraus abgeleiteten Forderungen angekreidet. Implizit wird also suggeriert, ein anderer – moderner und/oder radikaler – Ansatz könne das Problem der geringen Anziehungskraft, Mobilisationsfähigkeit oder auch das falsche Bewusstsein der Massen einfach aufheben. Die Abkehr vom als „alt“ stigmatisierten keynesianischen Zugang liegt näher, als das eigene Verständnis und vor allem Verhältnis zu einem theoretischen Analyseansatz und die Probleme bei dessen Übertragung in praktische Politik selbstkritisch zu prüfen und zu diskutieren.

Auch daraus erklärt sich, dass seit den 1980er Jahren der Keynesianismus immer wieder mit Verve öffentlich neu zu Grabe getragen wird. Erst mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 tauchen Begriff und der Name Keynes im medialen Mainstream nicht nur verschämt oder abwertend auf. Am bisherigen Höhepunkt der Krise in den Jahren 2008/2009 wurden schließlich die konzertierten Maßnahmen zur Stützung der Finanzmärkte und Stabilisierung der Weltkonjunktur offensiv hierüber beworben und „verklärt“. Allerdings galt in den liberal-

konservativen Kreisen der Keynesianismus seit jeher als schädlich. Die zähneknirschend begrüßten und mit verantworteten Interventionen wurden zeitgleich als Verschuldungsorgie oder ökonomisch sinnloses Strohfeuer umschrieben, die lediglich einer (Hyper-)Inflation Vorschub leiste und im Keynesianismus strukturell angelegt sei.² In bekannter Manier ließ sich so bereits zu Beginn des Jahres 2010 international abgestuft ein strikter Austeritätsskurs fordern und durchsetzen und die vom Privatsektor ausgehende Finanz- und Wirtschaftskrise zur Staatsschuldenkrise eines stets überforderten, überbordenden Gemeinwesens umdeuten. Automatisch wurden über diese perfide Realitätsverleugnung die favorisierten Marktlösungen, der Ruf nach mehr Wettbewerbsfähigkeit und Strukturreformen ohne großen Widerspruch erneut präsentabel. Das Keynes-Revival in Politik und den Medien blieb damit ein geschicktes, aber auch kurzes und substanzloses PR-Intermezzo.

Im Unterschied zum liberal-konservativen Spektrum hatten in einigen akademischen Zirkeln und der politischen Linken in- und außerhalb sozialdemokratischer, sozialistischer Parteien, in Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen keynesianische Ideen überwintert. Aber aus den erwähnten Gründen gab es auch hier keine konsistente Position mit Breitenwirkung auf der Höhe der Zeit. Nach der Phase der Stagflation in den 1970er Jahren, dem ausgerufenen Ende der „Wachstumsgesellschaft“ in den 1980er Jahren und dem Siegeszug des Neoliberalismus bis zur Jahrtausendwende schien dies obsolet oder nur rückwärtsgewandt. Die Debatte um den Keynesianismus und die Suche nach Abgrenzung zur Konkurrenz nahmen im linken Spektrum erst ab 2007 wieder zu. Denn auch hier erzwang der Schock der Finanz- und Wirtschaftskrise die Positionierung zu den wirtschafts-, finanz-, fiskal- und sozialpolitischen Entwicklungen und die Wertung der folgenden Interventionen. Ähnlich wie das PR-Intermezzo im Mainstream sind die „enttäuschten“ Reaktionen im linken Lager über diesen zweiten Frühling des „Keynesianismus“, in denen wieder stereotype Begründung dafür erhalten müssen, warum er nie funktionieren könne oder scheitern müsse – wie *Heiner Flassbeck* und *Fritz Fiehler* in ihren Artikeln korrekt bemerken.

Wenn überhaupt changiert also die Debatte im linken Spektrum seit Jahrzehnten zwischen der Überhöhung eines theoretischen Ansatzes als wirtschaftspolitischer Gral einer praktischen Linken und dem radikalen Verriss aufgrund seiner Unzulänglichkeit im Zeitalter von Globalisierung, Überakkumulation und Umweltzerstörung. Oder sie gipfelt im larmoyanten Vorwurf, die Systemüberwindung könne so nie erreicht werden – wie *Ingo Stützle* in seinem kurzen Artikel dem „Keynesianismus“ bescheinigt.

Sieg für wen – Niederlage von was?

Etwas um die Ecke gedacht, aber in ähnlicher Manier warnt *Karl-Georg Zinn* im Artikel vor der Vereinnahmung linker Keynesianer durch die falsche Seite und einer klaren Niederlage des Keynesianismus. *Zinns* Beitrag eignet sich zur tieferen Diskussion, da er erstens Kenner

² Exemplarisch die Beiträge in der Handelsblattbeilage „Keynes – Der unverstandene Prophet“ im Februar 2013, der mit einem „Streitgespräch“ zwischen Hans-Werner Sinn und Sahra Wagenknecht garniert ist.

der Materie ist und zweitens bestimmte Positionen auf den Punkt bringt, die seit Jahren nicht nur den linken Diskurs prägen. Schlaglichtartig skizziert *Zinn* den von ihm definierten Keynesianismus seit den 1950er Jahren und listet die nach wie vor ungelösten Probleme (u.a. Massenarbeitslosigkeit, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrisen, der Anstieg der Staatsverschuldung) auf, um das Versagen bzw. die Ignoranz vieler Keynesianer für die Analyse der langen Frist (damit ist Keynes Stagnationsthese gemeint) und deren ungebrochene Wachstumsgläubigkeit zu belegen. Wie in den 1970er Jahren würde seit 2010 deshalb die identische orthodoxe Kritik greifen können und der Keynesianismus versagen.³ Der Ausbruch aus dem neoliberal-konservativen Denken seit 2007/08 würde verpasst und es stünde die zweite historische Niederlage des Keynesianismus bevor.

Zinns pointierter Aussage wirft die Frage auf, ob mit der Finanz- und Wirtschaftskrise überhaupt ein Ende „des Neoliberalismus“, ein Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften und der Politik anstanden. Hat der Keynesianismus also kurzfristig gesiegt?

Nun ist eine relativ korrekte Erklärung makroökonomischer Entwicklungen nicht als „Sieg“ keynesianischen Denkens zu verstehen. Schon gar nicht ist der vereinzelte Bezug darauf nach 2007 Beleg für die Abkehr entscheidender Akteure vom Neoliberalismus. Letztlich ist die Prüfung, ob eine ökonomische Theorie die sozialen und ökonomischen Entwicklungen hinreichend erklären kann und konsistente Lösungsvorschläge bietet, nicht mit der Frage zu verwechseln, ob die Akteure die dahinter stehende Theorie überhaupt kennen oder bewusst anwenden. Beispielsweise ist es für die Prüfung der Funktion der effektiven Nachfrage und der abgeleiteten makroökonomischen Effekte unerheblich, ob und aus welchem Grund die Beschäftigten, Gewerkschaften und/oder Politik die Realeinkommen erhöht haben und/oder erhöhen können. Ungeachtet von Erfolg bzw. Misserfolg und des bloßen Wollens muss die makroökonomische Aussagekraft gelten und empirisch prüfbar sein – oder sie gilt nie. Allerdings wäre dann der keynesianische Ansatz in einem zentralen Punkt hinfällig.

Ähnlich sind auch die wirtschaftspolitischen Interventionen seit 2007 zu werten: Die kurzfristigen Effekte der Stabilisierung der Finanz- und Gütermärkte sind, wie auch die negativen Folgen der Austeritätspolitik über den keynesianischen Ansatz relativ gut erklärbar. Ein Sieg des „Keynesianismus“ oder die Abkehr vom Neoliberalismus lässt sich so nicht belegen. Hierzu bedürfte es größerer sozialwissenschaftlicher und politischer Analysen auf ganz anderer Ebene. Solche Wertungen sind ähnlich substantiell wie gleichlautende Aussagen, die im Zuge der so genannten Asienkrise Ende der 1990er Jahre oder später der

³ In der ökonomischen Debatte werden unter dem Begriff *Orthodoxie* die Ansätze gefasst, die dem klassischen, neoklassischen Paradigma verpflichtet sind oder dessen Axiome teilen, wozu u.a. der methodologische Individualismus und das Gleichgewichtspostulat gehören. Anhand der Axiome und Annahmen lassen sich so auch Forschungsstränge beurteilen und klassifizieren, die nicht problemlos der Neoklassik zugeordnet werden können. Alternativ werden mit dem Begriff *Heterodoxie* u.a. bestimmte Formen des Keynesianismus, der Postkeynesianismus, der Institutionalismus, des neoricardianischen und überwiegende Teile des marxistischen Ansatzes gefasst (Fullbrook 2004; Heise 2007).

Dot.Com Krise laut wurden. Auch der nach 2007 und noch bis heute in vielen Feuilletons und Talkshows „halluzinierte“ wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel hatte faktisch keine Chance. Es fehlte ihm an der intellektuellen, personellen und institutionellen Basis in der Breite, die einen solchen Wechsel aktiv will, gegen Widerstände trägt und durchsetzt.

In der Wirtschaftswissenschaft selbst bastelt man nach kurzer Schock-Phase weiter an komplexen „Micky-Maus Modellen“ (Paul Krugman) ohne großen Realitätsbezug. Alternativ verhandelt man die Erfahrungen im orthodoxen Strang der Verhaltensökonomie und Spieltheorie. In den für die universitäre Ausbildung relevanten Lehrbüchern, Vorlesungen, bei der Besetzungspraxis an den Universitäten und Forschungsinstituten und vor allem in der organisierten Politikberatung hat sich substantiell kaum etwas geändert. Trotz Zugeständnisse und Anpassungen des Krisenmanagements aus rein praktischen Gründen wird an den wirtschafts-, sozial- und fiskalpolitischen Zielen der letzten Jahrzehnte nicht gerüttelt, wie beispielhaft die unsinnige und ökonomisch irrationale „Krisenbewältigung“ in Europa zeigt.

Wären nun aber die konzertierten Aktionen der Regierungen, Zentralbanken, von IWF/Weltbank seit 2007/08 nicht zumindest Beleg des Scheiterns des Neoliberalismus und somit doch ein indirekter Beweis des Sieges seines keynesianischen Gegners?

Auch das Scheitern des Neoliberalismus an den selbst propagierten Ansprüchen (u.a. höheres Wachstum, steigende Einkommen, effizientere öffentliche Daseinsvorsorge) seit den 1980er Jahren war nie entscheidend für den Kurs der „Eliten“ und die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit. Genau so wenig lässt sich ein „Sieg“ des Keynesianismus aus der Summe der Maßnahmen seit 2007/08 ableiten, seien sie noch so hoch und umfassend. Im Grunde braucht die Politik heute gar keine konsistente wirtschaftstheoretische Legitimation, wird sie doch von einer Öffentlichkeit gar nicht hart danach gefragt. Entscheidend bleibt pragmatisches Handeln, was in einer Industriegesellschaft mit *big business* und *big government* stets möglich ist. Es ist vor allem auch nötig, wenn ein Absturz der heimischen Ökonomie, der globale Finanzmärkte und Weltwirtschaft droht. Dabei kann keynesianische Rhetorik hilfreich sein. Einfache Parolen und Pragmatismus sind aber ebenso nützlich und werden gleichfalls goutiert.

Wer also die politischen, ökonomischen „Eliten“ und ihre medialen Multiplikatoren und „wissenschaftliche Mietmäuler“ an ihren Sprechblasen zur Deregulierung, Flexibilisierung und Privatsierung und zum Rückzug des Staates misst, wird die Interventionen nach 2007 als Wiederkehr eines längst überwunden geglaubten Keynesianismus deuten. Es ist aber schlicht der falsche Maßstab, da er die Rhetorik der Protagonisten ernster als sie selbst nimmt. Der Mainstream der ökonomischen Lehre ist zudem weit differenzierter als landläufig gedacht und kommt weniger platt marktgläubig daher als die Statements zahlreicher „Experten“ und Wirtschaftswissenschaftler in den Medien vermuten lassen. Vor allem wird in der Regel klar getrennt zwischen Forschung und Lehre, Ideologieproduktion und politischer Praxis. Bei

Bedarf können deshalb ökonomische Interventionen auch stets begründet werden, ohne auf Keynes verweisen zu müssen.

Vom Start weg vergeigt?

Selbst wenn es anders wäre und wie von *Zinn* angeführt eine zweite historische Niederlage des Keynesianismus bevorstünde, wäre zumindest genauer zu klären, was hier scheitern würde bzw. seit den 1950er Jahren gescheitert ist und welchen Anteil „linke“ Keynesianer daran haben könnten.

Die erwähnte Rückschau ist entscheidend, um die relevanten Unterschiede bei der Interpretation des Werkes und die Abgrenzung der mit dem Label „Keynesianismus“ belegten Ansätze nicht en pesante zu unterschlagen.⁴ Jede Kritik des Keynesianismus sollte zudem dessen Effekte auf Politik, Ökonomie und Gesellschaft trennen und so u.a. die Ebene der Theoriebildung und innerwissenschaftlichen Kontroverse von der Ebene der politischen Praxis und realen sozioökonomischen Entwicklung unterscheiden. Schließlich hat jede kritische Wertung zu beachten, dass ein theoretisches Argument/eine Idee oder ein Ansatz sich nie eins zu eins in die Praxis übersetzt – egal welcher Ansatz favorisiert wird.

Folglich suggerieren *Zinn* – ähnlich wie *Stütze* – eine stringente Ursachen-Wirkungskette zwischen „dem Keynesianismus“ und den von ihnen abgeleiteten positiven wie negativen Ergebnissen, die es so nicht gibt. Die Darstellung entspricht zwar der gängigen Lesart zahlreicher Sozialwissenschaftler, Journalisten oder politisch Interessierter in Deutschland. Der breiten internationalen Debatte im keynesianischen Spektrum bzw. heterodoxen Lager wird dies Interpretation aber nicht gerecht (Davidson 2007; Pasinetti 2007; Wray/Forstater 2008; Skidelsky 2009). In dieser pointierten Zuspitzung liegt ein zentraler Grund, warum die Kritik am „Keynesianismus“ falsch adressiert ist und den Kern verfehlt.

Wir erwähnt sind die Fragen zum Inhalt des Keynesianismus und dessen politische Relevanz nicht neu. *Zinn* weist zu Recht auf die Rezeptionsgeschichte der „Allgemeinen Theorie“ und die nach Drucklegung einsetzende Kontroverse hin und hat vor wenigen Jahren eine lesenswerte Monographie zum Thema vorgelegt (*Zinn 2008*). Erwähnt wird von *Zinn* auch Joan Robinsons frühe Abwertung des entstehenden „Bastard-Keynesianismus“, mit der sie die verzerrte, falsche Rezeption durch Vertreter der orthodoxen Theorie scharf zurückwies. Aber auch viele an Keynes angelehnte Zeitgenossen (u.a. John R. Hicks, Alvin H. Hansen und Abba Lerner) popularisierten nicht nur die reinen „Gedanken des Meisters“, sondern waren

⁴ Keynes Ansatz und inhaltlichen Brüche erschließen sich neben der „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ von 1936 erst in der Gesamtschau seiner Publikationen und Wortmeldungen, die seit Ende der 1980er Jahren in 30 Bänden vorliegt. Weitere inhaltliche Eckpfeiler sind die Dissertation von 1913 zur Wahrscheinlichkeitstheorie (*A Treatise on Probability/1921*), seine Schriften zu Währungsfragen (*A Tract on Monetary Reform/1923*) und zur Geldtheorie und -politik (*A Treatise on Money/1930*).

selbst für „fehlerhafte“ Auslegungen verantwortlich.⁵ Schließlich sind Keynes eigene Wendungen und Unschärfen, seine Schwerpunktsetzung und sein früher Tod zu nennen, entsprechend schaltete er sich in diese Kontroverse nicht groß ein.⁶

Trotz aller Einsprüche setzte sich die orthodoxe Keynes Interpretation durch. Exemplarisch reklamierte Paul Samuelson für viele Ökonomen der Nachkriegszeit in Anlehnung an Milton Friedmann apodiktisch „Wir sind alle Keynesianer“. Dies galt als Ausweis von Reputation in einer Phase, in der mit rein orthodoxen Angeboten nicht gepunktet werden konnte und in der wenig später die Kernthesen dieser orthodoxen Auslegung von Keynes in der Cambridge-Cambridge (Kapital-) Kontroverse implodierten (Harcourt 1972). Dennoch sollte genau dieser Bastard-Keynesianismus bzw. die neoklassische Synthese dominant werden – so viel zur Relevanz einer „richtigen“ ökonomischen Theorie für die Praxis. Parallel avancierte das von Hicks/Hansen entwickelte IS-LM Modell zur bildlichen Darstellung der Allgemeinen Theorie, mit der sich die simple Mechanik der Konjunktursteuerung problemlos beschreiben ließ. Eine Steuerung, die fiskal- und haushaltspolitisch flexibel angepasst und durch geldpolitische Instrumente der Zentralbank flankiert werden könne.

Der so verstandene hydraulische Keynesianismus kam in seiner eleganten Schlichtheit vielen politischen Akteuren von rechts bis links gelegen, die eine aktive sozialpolitische und ökonomische Rolle als vor den beiden Weltkriegen ausüben wollten und auch mussten. Denn der Nachkriegsaufschwung stellte neue Anforderungen an Politik und Wirtschaft, die es zu erfüllen und öffentlich zu legitimieren galt. Der Aus-/Aufbau der materiellen wie immateriellen Infrastruktur zur Förderung und Arrondierung des dynamischen Wachstums der Investitions- und Konsumgüterindustrie sowie die ungelösten sozialen Probleme waren ebenso aktiv anzugehen. Allen voran standen der Auf- und Ausbau einer funktionsfähigen Gesundheits- und Alterssicherung, die Organisation von Bildung und Ausbildung und die Minimierung der Folgen von Armut und Arbeitslosigkeit an.⁷

Der real praktizierte Keynesianismus stand dabei nicht vor der Aufgabe, sich seiner theoretischen Fundamente vergewissern zu müssen. Er war allein auch nicht verantwortlich

⁵ An erster Stelle ist John R. Hicks mit seiner Rezension von 1937 (*Mr. Keynes and the Classics: A suggested Interpretation*) zu nennen. Hicks formulierte darin sein gesamtwirtschaftliches IS-LM Gleichgewichtsmodell zwischen dem Gütermarkt (Investitionen und Ersparnis) und Geldmarkt (Geldnachfrage und –angebot) mit dem Zinssatz als Steuerungsgröße. Hicks distanzierte sich von eben diesem Modell 1987 im Artikel (*IS-LM: an explanation*) und führt aus, warum sein Versuch ungeeignet sei, um die „Allgemeine Theorie“ zu erfassen.

⁶ Eine scharfe Erwiderung Keynes auf einige Kritiker der „Allgemeinen Theorie“ und deren orthodoxe Interpretation findet sich im Aufsatz „*The General Theory of Employment*“ von 1937. Allerdings muss man auch „einräumen, dass Keynes selbst diese Bastardisierung größtenteils duldete [...] da ihm sehr viel mehr daran [lag], dass aktive Politik in seinem Sinne betrieben wurde, als dass er die buchstabengetreue Befolgung seiner Theorie forderte.“ (Skidelsky 2009:161)

⁷ Mit der Artikulation sozialer Rechte und politischer Forderungen des klassischen Bürgertums respektive der Mittelschicht kam es so fast „automatisch“ zur Expansion des Sozial- oder Wohlfahrtsstaates – auch ohne expliziten Bezug auf Keynes und den Keynesianismus (vgl. Lindert 2004; Christen 2013)

für die hohen Wachstumsraten, den rapiden Aufschwung und die rasche Entwicklung. Trotz aller Reden von antizyklischer Konjunkturpolitik und Globalsteuerung war beispielhaft insbesondere in Deutschland die reale Wirtschafts- und Sozialpolitik nach 1945 ganz anders konzipiert. Sie wurde seit Kriegsende geprägt durch das zum progressiven Keynesianismus diametral stehende ordoliberalen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft (Ptak 2004). Selbst die vom orthodoxen Standard-Keynesianismus bis in die 1970er Jahre empfohlenen Instrumente wurden deshalb oft zu spät genutzt (Krüger 2012:305ff.) und die Interventionen waren häufig zu klein und wirkten nur partiell. Zumindest diente das zögerliche, stümperhafte Vorgehen am Ende den gleichen liberal-konservativen Kreisen als Beleg, dass der „Keynesianismus“ nie funktioniert – die Metapher vom konjunkturellen Strohfeuer mit lediglich inflationären Wirkungen hat hier seine Wurzeln. Wie aktuell profitierte Deutschland in den Konjunkturkrisen nach 1945 zumeist davon, dass andere Ländern kräftigere Impulse durch Konjunkturprogramme und öffentliche Interventionen setzten und die heimische Wirtschaft mit ihrer starken Exportausrichtung nicht ernsthaft geschädigt wurde.

Inhalt schlägt Verpackung – na und?

Ob Keynes Positionen korrekt wiedergegeben wurden, war für die politische Praxis seit jeher irrelevant. Ebenso wenig musste der Standard-Keynesianismus eine überzeugende Analyse langfristiger Entwicklungen und Einsichten in Keynes Stagnationsthese vorlegen. Schließlich waren Keynes und seine Nachfolger auch nicht angetreten, den Kapitalismus zu überwinden. Dies Ansinnen ist kein Maßstab, um die theoretische wie empirische Relevanz der Aussagen zu prüfen. Schon gar nicht war für alles dies das mangelnde Verständnis „linker“ Keynesianer verantwortlich.

Die orthodoxe Auslegung des Keynesianismus kennt definitorisch keine Stagnation, die nicht über die Dynamik des Marktes aufgelöst werden könnte. Sie hat auch kein Verständnis von fundamentaler Unsicherheit und strukturellen Krisen, die nicht als Betriebsunfall (externe Schocks) daher kommen und/oder dem falschen Agieren der Marktteilnehmer und der Politik geschuldet sind. Entwicklung wird als Abfolge unterschiedlicher Gleichgewichtszustände in einer logischen Zeit verstanden. Ökonomisches Handeln gilt als Anpassung an gegebene Zustände und Aggregate (u.a. Profite, Einkommen, Investitionen, Sparen) und ist reine Optimierungsaufgabe. Langfristige dynamische Prozesse in einer historischen Zeit, in der sich Aggregate selbst ändern und am Ende einer Periode anderes darstellen und realisieren als zu Beginn erwartet, sind definitorisch ausgeschlossen. In dieser Vorstellung lässt sich dann auch jede gestörte Dynamik durch die Individuen und deren rationale Handlungen auflösen, wenn es nur gelänge, schädliche Restriktionen abzubauen. Meist sind falsche Interventionen, mangelnder Wettbewerb und die Kartellbildung auf dem Arbeitsmarkt durch die Gewerkschaften gemeint. Nur dann würden die Preise, allen voran der Lohn, sofort reagieren und die Teilmärkte optimal aufeinander abgestimmt und ein neues multiples Gleichgewicht erreicht.

Dieses Grundverständnis unterliegt dem Hydraulischen-, Bastard- oder Standard-Keynesianismus, wie dem Ansatz der Neo-/Neukeynesianer seit den 1980er Jahren dessen bekannteste Vertreter Paul Krugmann und Joseph Stiglitz sind. Alle diese orthodoxen Spielarten sind früh von Richard F. Kahn, Roy Harrod, Nicolas Kaldor, Piero Sraffa, Michael Kalecki, Joan Robinson und anderen kritisiert und deren Kernaussagen widerlegt worden. Die Tradition ist später von den Post- und/oder Fundamental-Keynesianern wie Paul Davidson, George Shackle, Sydney Weintraub, Hyman Minsky, Jan Kregel, Victoria Chick weitergeführt worden und wird bis heute vertieft (Lavoie 1992; King 2002).

Mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzung hatten diese „linke“ Keynesianer die orthodoxe Auslegung und damit den in den gängigen Artikeln zum Thema gemeinten „Keynesianismus“ mit seiner verkürzte antizyklische Konjunktur- oder die Globalsteuerung scharf kritisierte und deren Probleme früh benannt (Tilly 2010; Keen 2011). Ansatzpunkte der Kritik sind u.a. der eklatante Unterschied zwischen dem wahrscheinlichkeitstheoretisch zu berechnenden Risiko und der fundamentalen Unsicherheit, womit die Instabilität und Ungleichgewichte zu den Strukturmerkmalen einer industriellen Geldwirtschaft werden. Allerdings werden dann auch die Thesen zur rationalen Erwartung und Effizienz der Märkte unhaltbar (Minsky 1990; Eatwell/Milgate 2011). Thematisiert wird gleichfalls der Unterschied zwischen logischer und historischer Zeit. Betont wird die Dynamik ökonomischer Prozesse, was wiederum die behauptete Anpassungsfähigkeit der Individuen verhindert. Deren Verhalten lässt sich nicht länger als Optimierungsaufgabe verstehen. Im Analysezentrum stehen die Makroökonomie, strukturelle bzw. gesamtwirtschaftliche Bedingungen und deren Rationalität, wie sie sich u.a. in der Aggregation volkswirtschaftlicher Größen, deren Bilanzierung und den logischen Effekten der Saldenmechanik (Stützel 2011) ausdrückt. Im Ergebnis wird der Versuch einer Mikrofundierung der Ökonomie obsolet und unsinnig (Cencini 2005; King 2012). Ebenso wird die Quantitätstheorie und Neoquantitätstheorie des Geldes abgelehnt und die Rolle der Privat- und Zentralbanken im Kontext der modernen Geld- und Kreditschöpfung behandelt und damit die Steuerungsfähigkeit einer industriellen Geldwirtschaft völlig anders gewertet (Werner 2007; Wray 2012). Schließlich steht die Bestimmung der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Zentrum, die immer in Abhängigkeit zur Entwicklung der effektiven Nachfrage und nicht über die Entwicklung der Löhne erklärt wird.

Auf allen entscheidenden sozial- und wirtschaftspolitischen Feldern werden diametrale und weitergehende Instrumente, institutionelle wie strukturelle Reformen gefordert, als der Standard-Keynesianismus in allen Spielarten jemals zugesteht (Taylor 2010). Inwieweit darüber eine gesellschaftliche Transformation möglich und wie die von *Zinn* erwähnte Stagnationsthese zu beurteilen wären, steht auf einem anderen Blatt. Allerdings ist der seit Jahren variantenreich formulierte Vorwurf, der „Keynesianismus“ würde ein quantitatives Wachstum predigen, in dieser Engführung nicht überzeugend. Richtig ist, dass in der orthodoxen Auslegung das quantitative Wachstum eine zentrale Rolle spielt und immer spielen muss. Denn dessen Versagen bei der Lösung sozialer, ökonomischer und

ökologischer Probleme seit der Nachkriegszeit geht einher mit der massiven Fehlallokation finanzieller wie materieller Ressourcen. Damit der Konflikt etwas minimiert wird, steht ein rein quantitatives Wachstum hoch im Kurs.

Gleichfalls ideologisch berechtigt wäre der Vorwurf, auch ein „linker“ Keynesianismus würde den Kapitalismus nicht überwinden. Allerdings war und ist dies keine selbstgesetzte Aufgabe linker Keynesianer. Es ist ebenso wenig ein theoretischer, empirischer Maßstab zur Bewertung eines Ansatzes zur sozioökonomischen Analyse und dessen Folgerungen. Primär wäre diese ideologische Aufgabe von denjenigen zu erfüllen, die sich einer radikaleren Theorie verpflichtet fühlen. Inwieweit theoretisch wie empirisch fundierte Erklärungen jenseits einer bloßen Marxexegese, endloser Zitationen und Beschreibungen der „Welt“ geliefert werden und welche Handlungsempfehlungen daraus resultieren, wäre zu prüfen und nicht nur zu Glauben. Niemand hält aber eine radikale/kritische Linke von dieser Aufgabe ab und davon, Mehrheiten dafür zu finden – erst recht nicht „linke“ Keynesianer.

Zumindest wäre ein aufgeklärter „linker“ Keynesianismus überzeugender als alle orthodoxen Ansätze, die als „Keynesianismus“ firmieren und als dessen einzige Auslegungsart präsentiert werden. Er wäre auch emanzipatorischer als der Neoliberalismus in seiner jüngsten, autoritären Spielart der „marktkonformen Demokratie“ und bietet Möglichkeiten für eine ressourcenschonendere Wirtschaftsweise. Jenseits revolutionärer Brüche fehlen allerdings die Subjekte als Motor und aktive Träger für eine solche Wende in der Breite. Der bloße Appel an die Einsicht der „Eliten“ und das bessere Argument reichen offenkundig nicht.

Nun lässt sich wortreich beklagen, dass die Kritik der orthodoxen Auslegung von Keynes in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit nie ausreichend bekannt oder gehört wurden. Nicht nur an den deutschen Universitäten und in der organisierten Politikberatung sind „linke“ Keynesianer und heterodoxe Köpfe weiter marginal. Eins sollte aber jede Debatte im linken Spektrum fairerweise vermeiden: Die skizzierten Unterschiede schlicht unterschlagen und das Versagen der mit dem Label „Keynesianismus“ versehenen orthodoxen Auslegung am Ende den Personen und Ansätzen anzukreiden, die ein ganz anderes Verständnis vertreten, grundlegende institutionelle, wirtschaftliche und politische Reformen anmahnen und fundierter begründen als ihre orthodoxen „Bastarde“.

Literatur

Backhouse, Roger E./Bateman, Bradley W. (2011): Capitalist Revolutionary. John Maynard Keynes. Cambridge/USA

Christen, Christian (2013): Politische Ökonomie der Alterssicherung. Kritik der Reformdebatte um Generationengerechtigkeit, Demographie und kapitalgedeckte Alterssicherung. Marburg

Cencini, Alvaro (2005): Macroeconomic Foundations of Macroeconomics. London/New York

Davidson, Paul (2007): John Maynard Keynes. Basingstoke/New York

Eatwell, John/Milgate, Murray (2011): The Fall and Rise of Keynesian Economics. Oxford/New York

Fullbroke, Edward (2004): A Guide to What`s Wrong with Economics. London

Harcourt, Geoffrey (1972): Some Cambridge controversies in the theory of capital. Cambridge/UK

Heise, Arne (2007): Ende der neoklassischen Orthodoxie? Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte, in: Wirtschaftsdienst 07, S. 442-450

Keen, Steve (2011): Debunking Economics. The Naked Emperor of the Social Science. London/New York

King, John Edward (2002): A History of Post Keynesian Economics since 1936. Cheltenham

Ders. (2012): The Microfoundations Delusion – Metaphor and Dogma in the History of Macroeconomics. Cheltenham

Krüger, Stephan (2012): Keynes & Marx. Hamburg

Lavoie, Marc (1992): Foundations of Post-Keynesian Economic Analysis. Cheltenham

Lindert, Peter (2004) Growing Public – Social Spending and Economic Growth Since the Eighteenth Century. Cambridge/USA

Minsky, Hyman P. (1990): John Maynard Keynes. Finanzierungsprozesse, Investitionen und Instabilität des Kapitalismus. Marburg

Pasinetti, Luigi L. (2007): Keynes and the Cambridge Keynesian. A Revolution in Economics to be Accomplished. Cambridge/UK

Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland. Opladen

Stützel, Wolfgang (2011): Volkswirtschaftliche Saldenmechanik: Ein Beitrag zur Geldtheorie. Tübingen

Skidelsky, Robert (2009): Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert. München

Taylor, Lance (2010): Maynard`s Revenge. The Collapse of Free Market Economics. Oxford/new York

Tilly, Geoff (2010): Keynes Betrayed. Basingstoke/New York

Werner, Richard A. (2007): Neue Wirtschaftspolitik. Was Europa aus Japans Fehlern lernen kann. München

Wray, L. Randall/Forstater, Mathew (2008): Keynes and Macroeconomics after 70 Years. Cheltenham

Wray, L. Randall (2012): Modern Money Theory. A Primer on Macroeconomics for Sovereign Monetary Systems. Basingstoke/New York

Zinn, Karl Georg (2008): Die Keynesische Alternative. Beiträge zur Keynesischen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik. Hamburg